

# Es gibt Tatsachen, denen sich auf Dauer niemand verschliessen kann : Care-Ökonomie, Genderpolitik - wo sind sie unter den realpolitischen Voraussetzungen?

Autor(en): **Schmid-Federer, Barbara**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **109 (2015)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-632218>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Es gibt Tatsachen, denen sich auf Dauer niemand verschliessen kann

**Care-Ökonomie, Genderpolitik – wo sind sie unter den realpolitischen Voraussetzungen?**

*Es gibt Tatsachen, denen sich niemand verschliessen kann. Dazu gehört, dass unsere Gesellschaft immer älter wird. Und auch wenn wir im Schnitt länger gesund leben, brauchen immer mehr ältere und alte Menschen Pflege. Das kostet Geld und Engagement.*

*Zu den Tatsachen, die sich nicht abstreiten lassen, gehört aber auch, dass die Altersstruktur unserer Gesellschaft sich wandelt, weil seit Jahrzehnten weniger Kinder geboren werden. Das stellt die Gesellschaft vor ganz neue Fragen.*

*Und was ist die Antwort jenseits der Ökonomie?*

In der realen Politik beschäftigen wir uns viel mit den rein ökonomischen Aspekten und vernachlässigen die gesellschaftlichen Implikationen dieser Entwicklungen. Das ist nicht «nur» eine Panne, sondern von einem Teil des politischen Spektrums explizit gewünscht.

Die harten neoliberalen Programme, die im Speziellen in Grossbritannien unter Margret Thatcher und in den USA unter Ronald Reagan angestossen und umgesetzt wurden, sind im Grundsatz entzaubert. In beiden Ländern ist das soziale Netz zerschlagen und die Gesellschaft befindet sich in einem «Alle gegen Alle»-Modus mit enormen sozialen Verwerfungen.

Doch auch wenn die realen Folgen der «Es gibt keine Gesellschaft. Es gibt nur Individuen»-Ideologie verheerend sind, sind diese Mechanismen heute auch in der Schweiz virulenter denn je.

## **Immer neue Sündenböcke**

Es ist zentraler Bestandteil der neoliberalen Ideologie, dass sie in der politischen Praxis immer neue «Schuldige» für angebliche oder tatsächliche Missstände präsentieren muss, um zu verschleiern, dass ihre Rezepte in der wirklichen Welt zur Verschlechterung der Lebensumstände für die meisten Menschen führen und im wahrsten Sinne des Wortes «gesellschaftsfeindlich» sind, weil die Gesellschaft ihr Feind ist.

Ich wurde in einer Zeit sozialisiert und letztlich auch politisiert, in der Politik von Frauen unabhängig von der parteipolitischen Ausrichtung immer emanzipatorische Politik gewesen ist. Alleine schon die sicht- und hörbare Anwesenheit von Frauen in politischen (und in meinem Fall auch kirchlichen) Räumen war ein Akt der Emanzipation. Das hat sich geändert. Wir sind heute auch mit Frauen konfrontiert, die hart rechtsnationale Anti-Emanzipationspolitik betreiben. Die nicht nur in klassischen Genderfragen, sondern generell ein Menschenbild vertreten, das anti-

emanzipatorisch ist und in der härtesten Ausprägung übelste gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ausdrückt. Bemerkenswert ist im Übrigen, wie insbesondere (meist) männliche Massenmedienschaffende sich auf diese Politikerinnen stürzen und sich äusserst willig an deren Inszenierung eines rechten Polit-Barbie-Kultes beteiligen.

Dieses enge und ausgrenzende Menschenbild verhindert, dass Herausforderungen mit fortschrittlichen und menschenfreundlichen Ansätzen angegangen werden können. Mehr noch: Zum Teil wird alleine schon die Diskussion über neue Ansätze abgeblockt oder verächtlich gemacht.

### **Die Aufgaben eines Staatswesens sind mehr als Grenzschutz und Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung**

Es liegt in der Natur der Sache, dass gerade Anliegen des Ausgleichs und der Gleichberechtigung, der gerechten Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit unter den Geschlechtern und der Überzeugung, dass die Aufgaben eines Staatswesens eben aus mehr bestehen als aus Grenzschutz und Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung.

Für mich als bürgerliche Frau der Mitte ist immer wieder erstaunlich, wie ich mich zunehmend rechtfertigen muss für politische Grundsätze wie zum Beispiel:

- die Solidarität zwischen Geschlechtern und Generationen,
- den Ausgleich zwischen Gesunden und Kranken,
- einen verantwortungsvollen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen und eine moderne Familienpolitik, in der ein Ja zu Kindern für Frauen nicht ein Nein zu beruflicher Entfaltung zur Folge hat.

Dabei sind dies genau jene Lösungen, die unser Land erfolgreich gemacht haben.

### **Engagierte menschenfreundliche Kräfte oder «Alle gegen Alle»-Politik**

Wirklich entscheidend für das gesellschaftliche Klima – davon bin ich überzeugt – sind nicht die einzelnen konkreten Vorlagen, sondern die Grundstimmung. Wenn es den politischen engagierten menschenfreundlichen Kräften inner- und ausserhalb der Parlamente nicht aufzuzeigen gelingt, dass bei einer «Alle gegen Alle»-Politik eben auf die Dauer (fast) alle verlieren, ist das Erfolgsmodell der humanitären Schweiz ernsthaft gefährdet, die im Endeffekt ihre Kraft eben gerade aus dem solidarischen Zusammenleben lauter «Minderheiten» schöpft.

Die Energie für mein politisches Engagement hole ich nicht zuletzt aus den immer mal wieder erzielten grösseren und kleineren Erfolgen. Als Beispiel mag hier die kürzlich bekundete Bereitschaft des Bundesrates stehen, sich endlich konkret mit dem Themen- und Problembereich der «Care-Migration» auseinanderzusetzen. Es hat zwar gut eineinhalb Jahre gedauert, bis die Landesregierung meinen vom Parlament überwiesenen Vorstoss bearbeitet hat – und jetzt nimmt sich die Verwaltung noch einmal fast gleich lang Zeit, einen konkreten Bericht auszuarbeiten, aber immerhin ist dieses zentrale Thema jetzt auf dem politischen Radar.

Es gibt Tatsachen, denen sich auf die Dauer niemand verschliessen kann. Und ich bin überzeugt, dass sich der stetige Einsatz für die eigenen Überzeugungen gerade wegen jener kleinen Erfolge lohnt, die zusammengenommen dann eben das Leben in einer menschenfreundlichen und weltoffenen Schweiz ermöglichen. ●



*Barbara Schmid-Federer  
Bild: Keystone*

*Barbara Schmid Federer ist Nationalrätin der CVP, Unternehmerin und Familienfrau, Präsidentin des Schweizerischen Roten Kreuzes Kanton Zürich und Ständeratskandidatin im Kanton Zürich.*

*barbara.schmid-federer@parl.ch*